

International

Die Zeitschrift für internationale Politik

Sonderausgabe 4/2020



Corona im Nahen Osten

Amerika wählt | **Probleme des politischen Islam in Tunesien** | Was wir von Palästinenser*innen lernen können im Umgang mit der Pandemie | **Auswirkungen im Nahen Osten**

Sonderausgabe 4/2020

Corona im Nahen Osten

Mit diesem Heft legen wir die vierte Ausgabe unserer Covid-19-Sonderhefte vor. Wie bereits in meinem Editorial im erstem Heft betont, versuchen wir, unseren Blick über das allgegenwärtige Thema Nummer 1 hinaus einerseits auf Probleme, die es sonst noch in der Welt gibt, sowie andererseits auf mögliche Auswirkungen und Folgen der Pandemie zu lenken. Und da gibt es bei weitem mehr als genug zu analysieren und diskutieren. Natürlich entkommt man dem Virus nicht ganz, zumal es ja neben seiner unmittelbaren Bekämpfung inzwischen ganz offensichtlich wird, dass diese „größte Krise seit 1945“ zum einen bestehende Defizite und Fehler des dominanten neoliberalen Gesellschaftssystems offenbart, welches für skrupellose Spekulanten in der Krise selbst und durch diese gigantische Profite ermöglicht, sowie auch dazu genutzt wird, bereits lange bestehende Konflikte zu verschärfen (Schlagworte Iran, China) und auch die Verwirklichung politischer Programme voranzutreiben (Schlagwort Ungarn). Trotz der massiven Propagandakampagnen nationaler Regierungen, hier ist jene der österreichischen Bundesregierung eine der bemerkenswertesten und bislang erfolgreichsten (aber darüber ein anderes Mal), gibt es aber erfreulicherweise auch bereits zahlreiche kritische Stellungnahmen, vor allem auch solche, welche sich mit der Nach-Pandemie-Ordnung befassen. Man hört und liest immer wieder, dass es so nicht weitergehen kann, aber in welche Richtung mögliche Änderungen führen werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist das vorherrschende System, welches zumindest für die gegenwärtige Krise sehr wohl mitverantwortlich ist, stärker, als es viele glauben.

In diesem Heft befasst sich unser Redaktionsmitglied Heinz Gärtner mit der Situation in den USA, wo derzeit noch nicht klar ist, ob der Twitterer im Weißen Haus Verlierer oder Gewinner der Pandemie werden wird. Ein weiterer regelmäßiger INTERNATIONALE-Autor, Wolfgang Achleitner, befasst sich mit der Situation in Tunesien. Es ist dies ein aktuell erweiterter Beitrag, der an sich für unser nächste reguläres Heft geplant war, aber nun vorgezogen worden ist. Dies vor allem auch deshalb, weil wir in gewisser Fortsetzung unseres jüngsten Heftes diesmal wieder auch einen Nahost-Schwerpunkt haben. Das ist eine Region, welche bereits seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten von einer Krise in die nächste taumelt, und daher von der aktuellen Krise – um es populär auszudrücken – wahrlich auf dem falschen Fuss erwischt wird. Es ist aber auch eine Region, wo man sich des Eindruckes nicht erwehren kann, dass die Pandemie für manche Akteure ein willkommen Anlass zur rücksichtslosen Fortsetzung ihrer bereits lang zuvor praktizierten Politik ist. Dazu gibt es drei hoch interessante Beiträge, jener von Maren Mantovani über Israel/Palästina, jener von Jannis Grimm und Teresa Fehrenbach über die gesamte Situation im Nahen Osten sowie ein recht kompetenter interner Bericht der Schweizerischen Armee über den Nahen Osten.

Unser nächstes Heft ist schon in Vorbereitung. Übrigens sind wir natürlich auch an Stellungnahmen interessiert, die wir gerne auch veröffentlichen. 

Fritz Edlinger

Herausgeber und Chefredakteur

INHALT

Editorial

Fritz Edlinger 2

Amerika wählt

Heinz Gärtner 3

Probleme des politischen Islam in Tunesien

Wolfgang Achleitner 8

Was wir von Palästinenser*innen lernen können im Umgang mit der Pandemie

Maren Mantovani 10

Revolution vertagt

Jannis Grimm, Teresa Fehrenbach 13

Coronavirus Pandemie: Auswirkungen im Nahen Osten

offiziere.ch 16



Corona hat den Massenprotesten im Nahen Osten und Nordafrika ein jähes Ende bereitet. Mittelfristig gießt die Krise jedoch neues Öl ins Feuer.

Seite 13

IMPRESSUM

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion: Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, Quellenstraße 2C, 1100 Wien | Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt: Fritz Edlinger, E-Mail: f.edlinger@international.or.at | Grafik: Thomas Lehmann | Redaktion & Verwaltung: Quellenstraße 2C, 1100 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | Druck: Berger, 3580 Horn | ISSN: 1010-9285 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wider und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.



Amerika wählt

Trump verliert die Führungsrolle der USA in der Welt. Verliert er auch die Wahlen daheim?

Welche Welt finden wir nach Covid-19 vor? Welche Rolle spielt die USA darin? Die USA sind jedenfalls dabei, ihre vermeintliche Führungsrolle bei globalen Krisen unter Trump gänzlich einzubüßen. US-Präsident Trump präsentiert sich als „Kriegspräsident“, auch um die Wahlen zu gewinnen.

Von **Heinz Gärtner**

China dient als außenpolitischer Sündenbock. Innenpolitisch sind es wieder die Immigranten. Die Frage ist, ob Trumps demokratischer Gegenkandidat ein Gegenprogramm vorlegen kann, ohne selbst in die Xenophobie-Falle zu tappen. Der Beitrag geht weiters der Frage nach, ob die Barrieren der US-Verfassung für das Machtstreben des Präsidenten ausreichend sind. Können die Wahlen durch Notverordnungen verschoben werden? Ist eine dritte Amtszeit möglich, wenn Trump die Wahlen im November gewinnt.

Das Trump-Paradox: Verharmlosung und Sündenböcke

US-Präsident Trump fühlt „Kriegszeiten“ heraufziehen und er bezeichnet den Corona Virus als „genialen“ Feind. Das ist ein Paradox, wurde Trump doch während des Jänner mehrmals gewarnt (<https://www.nytimes.com/2020/04/11/us/politics/corona-virus-trump-response.html>), dass sich dieser Virus, den er jetzt als „genialen Feind“ bezeichnet, rasant ausbreiten könnte und dass es eine Knappheit von medizinischen Geräten geben wird. Fast

zwei Monate lang spielte Trump diese Gefahr herunter, bevor er konkrete Maßnahmen setzte. Zudem fand er Sündenböcke wie China, die Weltgesundheitsorganisation oder Immigranten. Auch sah er in dem Virus eine Verschwörung der Demokraten und er beschuldigte Obama, nicht genügend Vorbereitungen getroffen zu haben. Ohne Logik spielt er aber weiterhin die Gefährlichkeit des Virus herunter und spricht von Panikmache. Er will gleichzeitig die wirtschaftlichen Beschränkungen zurücknehmen. Er unterstützt Demonstranten, die in demokratischen Bundesstaaten gegen die „Einschränkung von Freiheiten“ demonstrieren und an die Aufmärsche der neo-liberalen Tea Party erinnern. Damit reiht er sich ein in eine Gruppe von Staatsmännern, für die Freiheit sonst nicht ein sehr hohes Gut ist, wie Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro, Nikaraguas Präsident Daniel Ortega, Präsident Alexander Lukaschenko von Belarus und Präsident Gurbanguly Berdimukhammedov von Turkmenistan.

Trump verwendet die Kriegsrhetorik, um seine Inaktivität vergessen zu lassen und um als Kriegspräsident in die Wahlen im November zu gehen. Schon George W. Bush nutzte nach den Anschlägen des 11. September 2001 den „Krieg gegen den Terror“ zur Mobilisierung für seine Wiederwahl 2004. Der „Krieg gegen den Terror“ ist fast so vage wie der Krieg gegen einen Virus. Krieg ist das nach allen einschlägigen Definitionen jedenfalls nicht. Nach ihnen geht es darum, den Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen (Clausewitz) und es müssen zentral gelenkte Organisationen bei den Kriegsparteien vorhanden sein.

Die Führungsrolle der USA verliert an Glaubwürdigkeit

Die USA hatten sich historisch den Ruf erworben, eine Führungsrolle bei globalen Krisen zu übernehmen. Das war bei ihren Eintritt in die beiden Weltkriege so, und vor allem bei der Marshall-Plan Hilfe für einige europäische Länder nach 1947 konnten die USA ein positives Image aufbauen. Im Kalten Krieg übernahmen sie Führung des Westlichen Blocks gegen über dem Kommunismus. Mit dem Vietnamkrieg begann das positive Image zu bröckeln, wurde aber durch die weltweite Solidarität nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 wieder repariert. Der Krieg gegen den Irak 2003 allerdings hat dem Ruf der USA wieder geschadet.

Trump ist nun dabei, den Ruf einer positiven Führungsrolle der USA in der Welt endgültig zu zerstören. Während der Corona-Krise verschärft er seine Kritik an China. Er sieht China als einen Hauptfeind der USA. Damit beschreibt er eine Welt der Polarisierung, wie er sie sich nach der Corona-Krise vorstellt. Gleichzeitig entfernt er sich immer weiter von einem globalen Multilateralismus. Er attackiert multilaterale Organisationen, wie die Weltgesundheitsorganisation, die Welthandelsorganisation, das Klimaabkommen, die UNESCO. Er zog sich aus dem historischen Nuklearabkommen mit dem Iran (JCPOA) und dem Vertrag über Mittelstreckenraketen (INF) von 1987 zurück. Es zeichnet sich eine multipolare Welt ohne Multilateralismus ab.

Trumps martialische Sprache soll zu seiner Wiederwahl beitragen. Gleichzeitig versucht Trump mit seinen Attacken auf China bei den Wahlen zu punkten. Er wird seinen demokratischen Gegenkandidaten, Joseph Biden, als weich gegenüber China portraieren. Obwohl es Biden versuchen wird, kann er mit überzogener Kritik an China gegenüber Trump nicht punkten. Biden müsste wohl eher betonen, dass mit Trump die Beziehungen zu China noch schlechter werden als sie ohnehin schon sind.

Sollte sich das gewünschte „rally around the president“ Phänomen wegen der heimischen Krise, vor den Wahlen nicht einstellen, hat Trump immer noch die andere außenpolitische Option, die „Kriegssituation“ daheim zu nutzen, um den durch Sanktionen

wirtschaftlich und durch den Virus geschwächten Iran anzugreifen. Schon im siebenten Jahrhundert nutzten die arabischen Armeen die Situation, um die von der Pest geschwächten Perser zu besiegen.

Trumps Gegenkandidat Joseph Biden

Joseph Biden führt in den meisten Umfragen im Vergleich zu Trump, wenn nach Kompetenz gefragt wird. Das ist vor allem auf das mangelnde Krisenmanagement Trumps während der Corona-Krise zurückzuführen. Enthusiastisch sind seine Unterstützer aber nicht. Die Anhänger Trumps sind doppelt so begeistert über ihren Kandidaten. Bidens Wähler sind vor allem ältere, urbane, eher gebildete Personen. Aber er hat auch die Unterstützung von Afro-Amerikanern. Bernie Sanders, der sich aus den demokratischen Vorwahlen zurückgezogen hat, hat vor allem die Jugend mobilisiert. Seine Themen waren vor allem ein Gesundheitssystem für alle („medicare for all“), freier Studienzugang und ein umfassender Umweltplan („Green New Deal“ – in Anspielung auf den New Deal von Präsident Roosevelt nach der Wirtschaftskrise 1929). Diese Themen werden in der gegenwärtigen Krise umso wichtiger. Wenn Biden nicht einige davon übernimmt, werden die Sanders-Unterstützer nicht zu Wahl gehen. Trump könnte daher wie schon 2016 die Mehrheit der Bundesstaatsdelegierten auf sich versammeln, ohne die Mehrheit der Stimmen der Wähler zu haben.

Ist eine autoritäre Entwicklung möglich?

Darüber dass das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedete, das dem Premierminister ermöglicht, wegen der Corona-Krise Notverordnungen auf unbestimmte Zeit ohne Zustimmung der Abgeordneten zu verhängen, wurde weithin berichtet. Aber ist eine derartige Entwicklung auch in den USA möglich? Die Wahlen im November in einer Situation der weiter bestehenden Infektionsgefahr abzuhalten, würde eine große Herausforderung darstellen. Sie elektronisch durchzuführen, würde nicht nur technisch extrem schwierig sein. Es würden zahlreiche Vorwürfe von Wahlbetrug geben, die im besten Fall noch den Obersten Gerichtshof beschäftigen würden.

Falls die Wahlen gar nicht stattfinden können, mag Präsident Trump darauf bestehen, dass er wegen der Krise mit einer Notverordnung weiterregieren müsse. In der Verfassung ist dieser Fall nicht vorgesehen. Daher ist diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Können die Wahlen aber verschoben werden? Das ist eine begrenzte Möglichkeit. Das Bundesgesetz von 1845 müsste geändert werden. Zwei Drittel Mehrheit beider Häuser und die Unterschrift des Präsidenten sind dazu notwendig und die Entscheidung kann außerdem von den Gerichten beeinsprucht werden. Selbst wenn dieser Fall eintritt, schreibt die Verfassung noch vor, dass der neue Kongress am 3. Jänner eingeschworen werden und die Präsidentschaft am 20. Jänner beginnen muss. Da ist keine Änderung ist möglich!

Was passiert, wenn in der Zeit der Pandemie der Präsident durch Krankheit unfähig ist, seine Amtsverpflichtungen wahrzunehmen? Hier wird nicht automatisch der Vizepräsident zum Präsidenten, wie nach dem Tode des Präsidenten. In diesem Fall müssen zuvor der Vizepräsident und die Regierungsmehrheit einen Brief an den Präsident des Senats pro tempore und den Sprecher des Hauses schicken (25. Verfassungszusatz). Nach dem Attentat auf Reagan 1981 wurde diese Option von Vizepräsident Bush abgelehnt, nach der Krebsoperation Reagans 1985 aber angewendet. Wenn aber der Präsident seine Amtsunfähigkeit nicht akzeptiert, muss sie von 2/3 beider Häuser bestätigt werden. Diese zweite Möglichkeit würde eintreten, wenn der Präsident glaubt, dass er fähig ist, die

Regierungsgeschäfte zu führen, der Vizepräsident und die Mehrheit seines Kabinetts aber nicht. Das ist bei Trump, seinen Vizepräsidenten Pence und der republikanischen Mehrheit im Senat schwer vorstellbar.

Wenn nun Trump die Wahlen gewinnt, könnte er die Situation nutzen, um sich selbst eine dritte Amtsperiode zu ermöglichen. Der 22. Zusatzartikel der Verfassung erlaubt keine dritte Amtszeit. Mehrere Präsidenten (Eisenhower, Reagan, Clinton) haben mit dem Argument, dass in Krisen- und Kriegszeiten eine anerkannte Persönlichkeit an der Spitze des Staates stehen sollte, eine Änderung vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden aber nie aufgegriffen. Eine Änderung ist zwar prinzipiell möglich, aber sehr aufwändig und kann Jahre dauern. Der Kongress kann einen Vorschlag einbringen oder auf Antrag von zwei Dritteln der Bundesstaaten einen Verfassungskonvent einberufen. Beide Häuser und drei Viertel der Bundesstaaten müssten zustimmen.



Militär-Notfallkrankenhaus während der Spanischen Grippe in Kansas, 1918

Historische Erfahrungen mit falschen Annahmen

Präsident Woodrow Wilson regierte während der Spanischen Grippe, die nach dem Ersten Weltkrieg von 1918 bis 1920 weltweit etwa 50 bis 100 Millionen und in den USA über eine Million Tote forderte - ohne dass sie von der irrigen Annahme einer „Herden-Immunität“ gestoppt wurde. Diese Grippe war ein globales Phänomen, das nicht in Spanien, wie der Name andeuten würde, sondern wahrscheinlich in den USA den Ursprung hatte. Spanien hatte aber die freieste Presse, weil es ein neutrales Land war, und als erstes darüber berichten konnte, während die

Kriegsparteien die Seuche verschleiern wollten. Wilson überließ die Maßnahmen weitgehend den Bundesstaaten und Städten. Es zeigte sich, dass sich nach der Abschwächung der Grippe diejenigen Städte in den USA schneller wirtschaftlich erholten, die früher strenge Quarantänemaßnahmen eingeführt und später aufgehoben haben. Das Kriegsnarrativ hatte diese Tragödie weitgehend aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt. (<https://www.weforum.org/agenda/2020/04/pandemic-economy-lessons-1918-flu/>)

Schluss

Die Welt nach Corona wird mit reduzierter Globalisierung weniger offen und auch ärmer sein. Sie wird auch weniger frei sein. Mache Staatsmänner werden autoritäre Maßnahmen beibehalten wollen, was wohl auch bei Trump, sollte er wiedergewählt werden, der Fall sein wird. Die Gründungsväter der amerikanischen Verfassung haben viele Barrieren eingebaut, damit aus der Demokratie keine Diktatur wird. Ausnahmesituationen können aber Bedingungen schaffen, für die neue Maßnahmen verhängt werden können, deren Konsequenzen nicht absehbar sind. Kriegsrhetorik vernichtet den Virus nicht, soll Trumps Wahlchancen aber erhöhen, und kann der Rechtfertigung für eine tatsächliche militärische Handlung gegen den Iran dienen. Trump bereitet sich schon auf eine Konfrontation mit China nach der Covid-19 Welt vor. Aber gerade diese Krise hat gezeigt, dass internationale Kooperation unerlässlich ist. Politische Sturheit darf nicht Multilateralismus, internationalen Informationsaustausch und wissenschaftlicher Austausch verhindern. 🌐

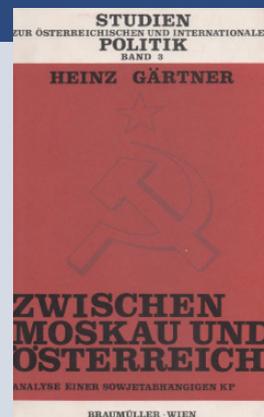
Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Lektor an den Universitäten Wien und Krems sowie Political Analyst beim International Institute for Peace (IIP) in Wien. Er ist außerdem Vorsitzender des Beirates Strategie und Sicherheit der Wissenschaftskommission des Österreichischen Bundesheeres. Bis Ende 2016 war er wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik. Er hatte mehrere internationale Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren. Er publizierte zahlreiche Bücher und Artikel zu Fragen der USA, internationaler Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Heinz Gärtner ist auch Redaktionsmitglied der Zeitschrift „International“.

E-Mail: heinz.gaertner@univie.ac.at

BÜCHER

Bücher zum Kalten Krieg von Heinz Gärtner

Der Kalte Krieg bleibt auch Jahrzehnte nach seinem Ende Gegenstand kontroverser Interpretationen. Das ist nicht verwunderlich, war er doch verbunden mit der Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Systeme, die sich feindlich gegenüberstanden und von Grund auf misstrauten, ja verachteten. Angeführt wurden die beiden Systeme von zwei Supermächten, die sich Einflussphären schufen und mit eigenen Ideologien um Unterstützung warben. Daraus entstand eine globale bipolare Weltordnung. Bei Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren gab es bereits Anzeichen des kommenden Kalten Krieges. Auf Basis der Konferenzen von Teheran (1943), Jalta und Potsdam (1945) waren im Europa der Nachkriegszeit zwei Blöcke geschaffen worden. Die Rede von Winston Churchill im März 1946 in Fulton kann als öffentlich angekündigter Beginn des Kalten Krieges gewertet werden. Churchill erwähnte darin erstmals auch den Begriff des »Eisernen Vorhangs«.



Gefährdete Hegemonie

Probleme des politischen Islam in Tunesien

Zwar ist im Frühling 2020 auch in Tunesien die Aufmerksamkeit auf das Virus gerichtet, doch wird die bei den Wahlen 2019 neu konstituierte politische Realität nach Überwindung der Epidemie wieder im Vordergrund stehen. Insofern ist ein Rückblick gerechtfertigt.

Von **Wolfgang Achleitner**



Der amtierende Präsident Kais Saied

Vergebens mühten sich die Islamisten aus ihrer damals errungenen knappen relativen Mehrheit im Parlament ein Maximum an politischer Macht zu lukrieren. Die langwierigen Verhandlungen mit anderen Parteien brachten ihnen ein mageres Ergebnis und der neue, bei seiner Wahl noch von Ennahda unterstützte und sehr konservative Präsident Kais Saied bot ihnen bei der Regierungsbildung deutlich die Stirn. Die Auswirkungen des Coronavirus sind gleichfalls nicht dazu angetan, die Agenda der Islamisten zu fördern.

Die Wahlen 2019 brachten einen Rechtsruck

Im September 2019 fanden Parlamentswahlen statt und im Oktober Präsidentschaftswahlen in zwei Durchgängen. Bei ersteren gab es die erwartete geringe Wahlbeteiligung von knapp über 40%, wobei die islamistische Ennahda (Erneuerung) mit nur einem Fünftel der abgegebenen Stimmen stärkste Partei wurde. Dieses von den Muslimbrüdern vollmundig als Erfolg dargestellte Resultat kann jedoch den Niedergang der Bewegung in der Wählerschaft nicht zudecken: Im Vergleich zu den ersten Wahlen nach der Diktatur

im Jahr 2011 verlor sie zwei Drittel der damaligen Wähler und hält bei 52 statt damals 89 (von 217) Mandaten¹. Noch schlimmer erging es der modernistischen Bewegung Nidaa (Aufruf) des letzten Sommer verstorbenen Präsidenten Beji Caid Essebsi, die von 86 Mandaten im Jahr 2014 auf drei zurückgestutzt wurde und damit in der Bedeutungslosigkeit versank. Die im letzten Parlament noch stark vertretene extreme Linke ist gleichfalls von der Bildfläche verschwunden. Erfolgreich war hingegen eine Nachfolgepartei Nidaas, die erst im Juni gegründete Herz-Tunis Bewegung des Medienmoguls Nabil Karoui, die mit einem populistischen Armutsbekämpfungsprogramm antrat und nun mit 38 Mandaten die zweitstärkste Partei im Parlament ist. Daneben gibt es mehrere modernistische Mittel- und Kleinparteien, die dem arabisch-nationalistischen, laizistischen und sozialdemokratischen Lager zuzurechnen sind. Ganz rechtsaußen ist die identitäre salafistische Karama (Würde) allerdings eine potentielle Unterstützerin der radikaleren Muslimbrüder innerhalb der Ennahda.

Ein politischer Neuling als Präsident

Die Präsidentschaftswahlen brachten den Islamisten gleichfalls einen Rückschlag: Ihr Kandidat Abdelfatah Mourou, immerhin die angesehene Nummer Zwei der Bewegung, gelangte im ersten Durchgang mit nur 10% an die dritte Stelle. Gewonnen hatte ein bisher relativ unbekannter, pensionierter Universitätsassistent namens Kais Saied, dessen Stärke offenbar seine Politikferne war. Er hatte weder ein Programm (dieses solle seiner Meinung nach die Bevölkerung definieren), noch führte er einen Wahlkampf (er lehnte sogar die ihm zustehenden Subvention für die Wahlkosten ab). Wenn er in TV-Talkshows auftrat, erstaunte er mit seiner schwer verständlichen arabisch-literarischen Sprechweise. Es scheint, dass er damit den Wählern zum Inbegriff eines Saubermannes wurde, wobei sein Beruf als Verfassungsrechtler in einer nach Gerechtigkeit dürstenden Bevölkerung ebenso eine Rolle spielen dürfte. Sein Gegenkandidat war der erwähnte Medienzar Karoui, der allerdings das Handicap zu tragen hatte, dass er sechs Wochen vor dem zweiten Durchgang wegen lange zurückliegender Korruptionsvorwürfe verhaftet und erst drei Tage vor den Wahlen – offenbar zur Wahrung des demokratischen Scheins – wieder

¹ 2011 erzielte Ennahda 41% (1,5 Mio Stimmen), 2014 28% (950.000) und 2019 nur mehr 20% (560.000).

freigelassen wurde. Eine Wahlkampagne war ihm damit unmöglich gemacht worden, abgesehen von der moralischen Beschädigung als Kandidat. Insofern entsprechen die 72%, die Kais Saied im zweiten Durchgang erreichen konnte², nicht unbedingt seiner tatsächlichen Popularität, auch wenn seine Anhänger das als antielitäres und basisdemokratisches Plebiszit interpretieren wollen. Denn Saied steht dem zum Teil sicher folkloristischen Parlamentarismus in Tunesien skeptisch gegenüber, es wird ihm sogar eine gewisse Nähe zur populistischen Staatskonzeption Gadafis nachgesagt.

Kais Saied ist ein politischer Anfänger, ein moralisierender, frugaler Konservativer, ist arabisch-islamisch orientiert und tritt sozialpolitisch gegen die Gleichstellung der Frau im Erbrecht, für die Beibehaltung der Todesstrafe und die Penalisierung Homosexueller ein. Damit scheint er in weiten Kreisen der überwiegend konservativen Bevölkerung Zustimmung zu finden. Er predigt des Weiteren eine Rückkehr zur nationalen Souveränität gegenüber dem Westen, wobei die Macht in Umgehung des parlamentarischen Hickhacks direkt vom Volk, von der lokalen Basis ausgehen sollte. „Das Volk will“ war auch der Slogan der Bewegung, die die islamistische Regierung 2013 zum Rücktritt gezwungen hatte. Darüber hinaus ist er ein kompromissloser Verfechter der palästinensischen Anliegen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass seine Wahl insbesondere von jungen Menschen mittels einer massiven Kampagne in den sozialen Medien unterstützt wurde, mit der er, der nicht einmal ein Mobiltelefon besitzt, offenbar gar nichts zu tun hatte.

Trotz zahlreicher Schönheitsfehler – undurchsichtige Finanzierung der Kampagnen, vereinzelter Stimmenkauf etc. – verliefen aber alle Wahlgänge ruhig und korrekt, abgesehen von der Kriminalisierung des zweiten Präsidentschaftskandidaten Karoui. Dieser verzichtete angesichts des Erdrutschsieges seines Konkurrenten auf eine im Prinzip durchaus gerechtfertigte Anfechtung der Wahl.

Nach Meinung der meisten Kommentatoren zeigt sich als wichtigstes Ergebnis die Ablehnung der primär ideologisch definierten Großparteien sowie ihrer Kandidaten zugunsten eines Mosaiks kleinerer und mittlerer Parteien bzw. Unabhängiger. Die geringe Effizienz der parlamentarischen Arbeit der letzten Legislaturperiode, die letztlich nur den unbefriedigenden Status quo im Lande verwaltete, trug zur Wahlmüdigkeit und geringer Wahlbeteiligung bei. Die Präsidentschaftswahlen mobilisierten hingegen wesentlich stärker, vor allem weil das jahrzehntelange Präsidialsystem in den Köpfen der Menschen noch dominiert. Der Präsident hat aber nach der Verfassung von 2014 nur geringe Kompetenzen, die kaum über Repräsentationspflichten hinausgehen. In Tunesien gibt es daher Tendenzen, die Republik doch wieder stärker auf ein Präsidialsystem auszurichten und vor allem das proportionale Wahlsystem mehrheitsrechtlich zu reformieren.³

Die Mühen der der Regierungsbildung

Ennahda gelang im Parlament immerhin ein Coup, als ihr mit allen politischen Wassern gewaschener Führer, Scheich Rachid Ghannouchi, schon im ersten Durchgang zum Parlamentspräsidenten gewählt worden war. Dies gelang ihm mit den Stimmen der Herz-Tunis-Bewegung, die eigentlich allen Grund hatte, ihm dieses Amt nicht zukommen zu lassen. Außerdem hatte die Partei im Wahlkampf den Wählern einen dezidiert anti-islamistischen Kurs vorgewinkt. Hintergrund dürfte sein, dass die durchaus bestehenden rechtlichen Probleme Karouis (Anschuldigungen hinsichtlich Kor-

ruption und Geldwäsche) im Austausch für diese Unterstützung einer wohlwollenden Prüfung unterzogen werden könnten. Immerhin war das Justizministerium seit der sogenannten Revolution in den Händen der Islamisten und hat die Richterschaft bisher nur selten Urteile gegen Interessen der Ennahda gefällt.

Wie dem auch sei, der nunmehrige Parlamentspräsident Ghannouchi betraute als Führer der stärksten Fraktion einen „unabhängigen“ Kandidaten⁴ mit der Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung, was nach langen Verhandlungen kläglich misslang. Der ausgewählte Politiker war zu offensichtlich mit Ennahda verbunden und auch die meisten seiner Minister weit davon entfernt, Ennahda zu missfallen, im Gegenteil. Die Abfuhr im Parlament war dementsprechend deutlich⁵. Damit erlitten die Islamisten eine weitere Niederlage. Nun lag der Ball in der Hand des Staatspräsidenten. Dieser nominierte einen ehemaligen sozialdemokratischen Finanzminister, Elyes Fakhfakh⁶, dem es schließlich in mühsamen Verhandlungen im letzten Moment gelang, eine Regierungskoalition zu bilden. Sie wurde im Februar angelobt und ist bereits die neunte seit 2011. Die Tatsache, dass er ohne eigene Hausmacht im Parlament auskommen muss – seine Partei, die sozialdemokratische Ettakatol, ist dort nicht mehr vertreten – macht ihn zu einem gefügigen Instrument des Staatspräsidenten. In diesem Sinne erklärte Fakhfakh von Anbeginn, dass für ihn eine Regierungsbeteiligung der Herz-Tunis-Bewegung, also der Partei des Gegners des nachmaligen Präsidenten Kais Saied bei den Wahlen, nicht in Frage käme. Damit war immerhin die zweitstärkste Fraktion im Parlament von der Regierung der angestrebten nationalen Einheit ausgeschlossen.

Die Verhandlungen waren deshalb so schwierig, weil Ennahda mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden war, da die Partei Karouis offenbar ein potentieller Alliiertes gewesen wäre. Weiters bestanden die Islamisten hartnäckig auf den wichtigen Ministerien Justiz und Inneres. Diesen kommt im tunesischen politischen Kontext wegen der zahlreichen Verdachtsmomente gegen die Muslimbrüder große Bedeutung zu: Beispielsweise ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den noch immer nicht gänzlich aufgeklärten politischen Morden 2013 zur Zeit ihrer Machtausübung oder der massiven Entsendung junger Tunesier als Dschihadisten in den Nahen Osten und nach Libyen. Dazu kommen Vorwürfe über Korruption und illegale Parteienfinanzierung. Auch die Kontrolle über das Technologieministerium, das seit dem Umsturz in den Händen der Ennahda war, wurde wieder angestrebt, um, wie böse Zungen behaupten, die Bevölkerung weiterhin kontrollieren bzw. die sozialen Netzwerke manipulieren zu können.

Der nachmalige Regierungschef berief sich in seiner Weigerung, den Ansprüchen der Islamisten nachzugeben, auf die geradezu plebiszitäre Wahl des Staatspräsidenten, dessen politische Orientierungen nun als Wählerauftrag für die Regierung zu verstehen wären, was letztlich einer Missachtung der Ergebnisse der Parlamentswahlen gleichkommt. Dass damit die parlamentarische Verfassung zugunsten eines Präsidialsystems verzerrt wurde, scheint ihm kein großes Problem zu sein. Bei einem Scheitern der Verhandlungen wäre es überdies zu einer Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen gekommen, ein Szenario, das auch die Islamisten auf Grund der deutlichen Erosion ihres Wählerpotentials zu fürchten hätten. Auch die Abgeordneten der anderen Parteien im Parlament, die meist nur auf eine geringe Verankerung in der Bevölkerung bauen können, fürchteten um ihre neugewonnenen Privilegien.

² Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 60%.

³ Das Proportionalssystem fördert das Lagerdenken und die großen Parteien: mehr als die Hälfte der Mandate der Ennahda und auch von Herz-Tunis stammen aus Restmandaten. Ein Mehrheitswahlrecht wird in Tunesien hingegen als individualisierender und bürgernäher erachtet.

⁴ Hammadi Jebali, ehemaliger Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, ein Islamist aus der zweiten Reihe.

⁵ Nur 79 von 217 Abgeordneten stimmten für das Kabinett Hammadi Jebalis.

⁶ Fachfach ausgesprochen.

Die Regierungszusammensetzung ist ein von den Islamisten zähneknirschend akzeptierter Kompromiss, die Hälfte der angebotenen Minister ist unabhängig, die Schlüsselministerien, die die Islamisten bisher innehatten, blieben ihnen versagt. Sie verfügen nun aber über sieben von 30 Ministern, unter anderem so bedeutende Ressorts wie Gesundheit, Landwirtschaft und Dezentralisierung. Insbesondere Letzterem kommt angesichts der Tatsache große Bedeutung zu, da die meisten Gemeinden mehrheitlich islamistisch regiert werden und die Dezentralisierung ein Verfassungsauftrag ist. Ganz zu schweigen vom Gesundheitsressort, das nun in Zeiten des Coronavirus überragende Bedeutung erhält, ein bei der Ernennung nicht vorhersehbares Ereignis.

Auffällig ist die geringe Präsenz der Frauen: Es gibt nur vier Ministerinnen⁷, was nicht nur von den Frauenverbänden im Land kritisiert wird. Immerhin wird nun zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit das Justizressort von einer Frau, einer Richterin, bekleidet. Da es sich bei der Regierung sozusagen um das letzte Aufgebot handelte, weil sie nur wenige Stunden vor Ablauf der verfassungsmäßig vorgegebenen Frist und den drohenden Neuwahlen zustande kam, überwog in der politikmüden Bevölkerung die Zufriedenheit mit dem erzielten Ergebnis - vorläufig.

Die Chancen der Regierung

Das Regierungsprogramm des Kabinetts Fakhfakh ist sehr allgemein gehalten. Es finden sich darin viele Gemeinplätze, wie Verstärkung der Sicherheit im Lande, Kontrolle der Inflation, Reduzierung der Armut, Entwicklung der benachteiligten Regionen, Kampf gegen die Korruption etc., sozusagen als der kleinste gemeinsame Nenner der Koalitionspartner. Der Regierung wird allgemein eine geringe Überlebenschance attestiert, zu heterogen sind die in der Koalition verbundenen Parteien. Es ist schwer vorstellbar, dass die anstehenden Reformen, die in den Übereinkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen⁸ durchzuführen wären, wie etwa Privatisierung defizitärer Staatsbetriebe, Abbau des aufgeblähten Beamtenapparats, Abbau bzw. Reform der Subventionen für Lebensmittel und Treibstoff etc., von allen Koalitionsparteien mitgetragen werden. Denn die Islamisten von Ennahda sind wirtschaftspolitisch neoliberal. Das ist - nebenbei bemerkt - der Grund, warum sie von EU und USA vor und nach dem Umsturz besonders hofiert wurden, während die anderen Partner eher sozialdemokratisch bzw. nationalistisch bzw. „souveränistisch“ orientiert sind.

Andere Stolpersteine sind zunehmende Streiks in den extraktiven Schlüsselbereichen wie der Erdölförderung (davon ist auch die ÖMV betroffen) und dem Phosphatabbau. Dabei streiken nicht etwa die Arbeiter, sondern die zahlreichen in den Abbauregionen lebenden Arbeitslosen vor allem durch Straßenblockaden. Große Probleme dürfte auch der anstehende Anschluss an die europäische Freihandelszone mit sich bringen, vor allem in der Landwirtschaft. Diese beschäftigt noch immer einen Großteil der Bevölkerung bzw. fungiert als eine Art Puffer für Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit der in die Städte abgewanderten Arbeitskräfte. Sie würde und wird sich gegen die subventionierte europäische Konkurrenz nicht wehren können.

Auch ideologisch sind die Koalitionspartner weit voneinander entfernt und, wie die Erfahrung zeigt, mangels programmatischer Kohärenz nicht gegen Spaltungen und Aus- bzw. Übertritte von Abgeordneten und Ministern gefeit. Während Ennahda bemüht ist, sich zumindest nach außen hin ein moderneres, sozusagen „christdemokratisches“ Image zu geben, sind die islamistischen Hardliner im In-

neren mit dieser Orientierung nicht zufrieden und halten an ihrem Ziel der Einführung der Scharia fest. Unterstützung bekommen sie dabei durch die am extrem rechten Flügel angesiedelte Karama Partei, die zwar nicht in der Regierung ist, aber mit 19 Abgeordneten einen gewissen Rückhalt im Parlament und auch in der Bevölkerung hat. Dass Ennahda bei der Regierungsbildung den Modernisten deutliche Konzessionen machen musste, ist in der Partei nicht unwidersprochen und könnte weitere Spaltungstendenzen fördern. Diese Meinungsverschiedenheiten gelangten bei Ghannouchis autoritärer Kandidatenauswahl und Nominierung der Minister Ennahdas an die Öffentlichkeit und kontrastieren somit das bisherige Image der Partei als monolithischer Block. Der bald achtzigjährige historische Führer der Bewegung müsste nach den Parteistatuten dieses Jahr von seinem Amt zurücktreten, doch scheint er dazu nicht bereit zu sein, was bereits zur Demission hoher Funktionäre der Partei geführt hat.

Schließlich ist es auch die Opposition, die der Regierung das Leben schwer machen könnte. Sie stellt allerdings ein Mosaik verschiedenster Strömungen dar, die gegen den politischen Nomadismus ihrer Abgeordneten durch Aus- und Übertritte nicht gefeit sind. Die bereits erwähnte letztlich rechtspopulistische Herz-Tunis Partei ist bereits von zahlreichen Abspaltungen betroffen, etwa eine Viertel ihrer Abgeordneten bilden nun eine andere parlamentarische Gruppe. Letztlich handelt es bei dieser Bewegung wie bei der Partei Nidaa Tunis des verstorbenen Präsidenten Essebsi nur um ein Wahlbündnis rund um einen charismatischen Führer, ohne wirkliches Programm, regionale Strukturen und Verankerungen, also eine Art politische Einweg- oder Wegwerfpartei.

Zu erwähnen ist weiters die freie Verfassungspartei⁹ in der Nachfolge der aufgelösten Partei des abgesetzten Diktators Ben Ali, die immerhin über 17 Mandate verfügt. Sie erfreut sich zunehmender Popularität in Teilen der Bevölkerung, da sie als einzige einen konsequent anti-islamistischen Kurs durchhält, die Verbindungen vieler Politiker mit der Diktatur schonungslos aufdeckt und sie als Wendehälse an den Pranger stellt. Doch vor allem ist es die objektiv bessere wirtschaftliche Lage des Landes zu Zeiten der Diktatur, die für eine gewisse Nostalgie verantwortlich ist. Bei eventuellen Neuwahlen könnte die PDL sogar stärkste Kraft werden.

Insgesamt ist es aber möglich, dass die Regierung angesichts ihrer relativ effizienten Politik bei der Behandlung der Virusepidemie an Profil gewinnt und von dem nationalen Schulterchluss im Land und der Rückkehr eines starken Staates profitiert. Die strukturellen Probleme auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung und des vagen Programms wären damit aber nur aufgeschoben. Der latente Konflikt zwischen dem Staats- und dem Parlamentspräsidenten wegen der Ablehnung der islamistischen Forderungen bei der Regierungsbildung dürfte dem Regierungschef weitere Schwierigkeiten bereiten. Saied ist entgegen den Erwartungen Ghannouchis trotz der politischen Unterstützung bei der Wahl in keiner Weise botmäßig. De facto blockieren sich die drei verfassungsmäßig etablierten Präsidenten gegenseitig.

Der regionale Kontext

Viel hängt in Tunesien von den Beziehungen zur übrigen islamischen Welt ab, insbesondere in Zeiten eines populistisch aufgeheizten antiwestlichen Souveränitätsdiskurses. Seit der „Revolution“ ist es vor allem die Türkei, die in Tunesien einen Sonderstatus einnimmt. Zu Zeiten der islamistisch dominierten Troika-Regierung zwischen 2011 und 2014 erhielt die Türkei eine Reihe von Privilegien wirtschaftlicher und politischer Art. Jetzt selbst krisengeschüttelt

⁷ Zuzüglich zwei Staatssekretärinnen.

⁸ Mit dem Weltwährungsfonds ist im Frühjahr 2020 ein neues mehrjähriges Programm auszuhandeln, wobei die letzte Tranche des vorigen vom IWF mangels entsprechender Reformen bisher zurückgehalten wurde.

⁹ PDL, Parti Destourien Libre, geführt von der kämpferischen und erzkonservativen Rechtsanwältin Abir Moussi.

versucht das Land am Bosphorus seine wirtschaftlichen Probleme u.a. durch eine gesteigerte Einflussnahme im ölreichen Libyen zu lösen, dabei sollte Tunesien als Sprungbrett dienen. Immerhin ist die - letztlich nur von der UNO - international anerkannte Regierung in Tripolis ideologisch gleichfalls den Moslembrüdern zuzurechnen und die Bevölkerung Tripolitaniens ethnisch eng mit den Stämmen im Süden Tunesiens verbunden¹⁰. Wirtschaftlich ist es der Schmuggel zwischen beiden Ländern, der von den Islamisten immer toleriert worden war, sodass üblicherweise bei Wahlen die islamistische Ennahda im Süden stärkste Kraft wurde und ist. Der überraschende Staatsbesuch Erdogans nach Angelobung des neuen Präsidenten Kais Saied ist sicher vor diesem Hintergrund zu beurteilen¹¹. Allerdings scheint die anti-islamistische Bewegung General Haftars -er ist durch das gleichfalls von der UNO anerkannte Parlament in Tobruk legitimiert - durch die Unterstützung Ägyptens, Saudi-Arabiens und neuerdings auch Syriens größeres Gewicht zu haben. Tunesien wird daher seine künftigen Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen nicht kompromittieren wollen und versucht ebenso wie Algerien eine gewisse Neutralität im Konflikt zu halten.

Auch in Algerien sind die Perspektiven der Islamisten nicht allzu rosig. Die Hirak-Bewegung, die seit mehr als einem Jahr für die Erneuerung des politischen Systems rebellierend auf die Straße geht, hat es bisher geschafft, den Einfluss der Islamisten, die einen Gutteil der Demonstranten stellen, in Grenzen zu halten. Denn die Bedürfnisse der Bevölkerung sind nur am Rande ideologischer Natur, hauptsächlich geht es um die konkrete Verbesserung der materiellen Lebensumstände sowie Freiheitsrechte, insbesondere die Autonomie in den Berberregionen. Folglich bemüht sich die neue Regierung, der Hirak Bewegung durch eine Liberalisierung von oben den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das hat tatsächlich zu einer gewissen Demobilisierung beigetragen, zumal die Demonstranten es bisher nicht geschafft haben, sich politisch zu konstituieren. Damit und durch die Beendigung der Aufmärsche wegen des Coronavirus ist auch eine Verstärkung des islamistischen Einflusses auf die Bewegung unwahrscheinlich geworden.

Der politische Islam, eine seit den Fünfzigerjahren historisch auch vom Westen geförderte Antwort auf freihandels-unwillige kommunistische und arabisch-nationalistische Bewegungen, hat seine beste Zeit offenbar hinter sich. Der militärische dschihadistische Aufstand steht vor dem Aus, die Türkei und der Iran sowie Saudi-Arabien kämpfen mit großen inneren Problemen. Die jüngsten Fehlschläge der Islamisten in Tunesien zeigen, dass die Bevölkerung sich nicht mehr in ein ideologisches Entweder-Oder auseinanderdividieren lässt, sondern ihre Bedürfnisse differenziert zu artikulieren gelernt hat. Mit den Islamisten als politisch wichtige Kraft wird wohl auch künftig zu rechnen sein, sogar etwas verstärkt wegen des Aufwinds religiöser Themen im Zuge der Ereignisse der Corona-Epidemie, doch ihr hegemonialer Anspruch hat ziemliche Dämpfer erlitten.

Die Epidemie als Problem und als Chance

Tunesien hat in Form eines gewissen Mimetismus die drastischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Europa mitgemacht und kann damit gewisse Erfolge verzeichnen¹², allerdings um den Preis großer sozialer ökonomischer Probleme. Im Gegensatz zu Europa ist der Staat nicht in der Lage, die arbeitslos gewordene Bevölkerung ausreichend zu unterstützen. Alternativen wie home office oder teleworking sind angesichts der geringen Digitalisierungsdichte nicht wirklich praktikabel und verstärken angesichts des unterschiedlichen Zugangs die Schere zwischen Reich und Arm.

Aber es sind vor allem die zahlreichen im informellen Sektor arbeitenden Menschen, die vor dem Nichts stehen. Insofern wird die Mobilitätsbeschränkung in den vernachlässigten Gebieten weitgehend ignoriert und musste landesweit mit polizeilichen und militärischen Mitteln (nächtliche Ausgangssperren) durchgesetzt werden. Mit den Anfang Mai vorgesehenen Erleichterungen der Bewegungsfreiheit und der Öffnung von Werkstätten und dem Kleinhandel wird es zweifellos zu Verbesserungen kommen, aber ob dabei nicht viele, wenn auch prekäre Arbeitsplätze vernichtet worden sind ist noch nicht abzuschätzen und es könnte da eine Zeitbombe ticken.

Wirtschaftlich ist nach Ansicht der Gewerkschaft UGTT im Zuge der Krise mit einem Anstieg der Inflation und einer Zunahme der Spekulation bei lebenswichtigen Gütern zu rechnen, einer Verringerung des Wachstums (laut IMF voraussichtlich minus 4%), einer Verringerung der Steuereinnahmen und einer weiteren öffentlichen und privaten Verschuldung. Etwa 150.000 zusätzliche Arbeitslose sind zu erwarten.

Politisch impliziert die Krise eine Rückkehr des Staates in seinen regulativen und sicherheitspolitischen Funktionen, die politischen Parteien und auch die Zivilgesellschaft sind hingegen eher abgemeldet. Waren es nach der sogenannten Revolution vor allem die Juristen, die zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Konzipierung einer neuen Verfassung im Vordergrund standen, gefolgt seit 2014 von den Ökonomen, um die wirtschaftlichen Probleme in der Griff zu kriegen, so sind es diesmal die Ärzte des öffentlichen Gesundheitssystems, die im Vordergrund stehen. Gemeinsam ist all diesen Berufsgruppen, dass sie auf Basis wissenschaftlicher und rationaler Erwägungen handeln und den Scharlatanen und Obskurantisten religiöser und anderer Provenienz Paroli bieten. Und gemeinsam ist auch die Einsicht, dass Gesundheit, Ernährung und andere grundlegende staatliche Dienste nicht dem Markt überlassen werden dürfen. Auch mehren sich die Stimmen¹³, die einem alternativen Entwicklungsmodell mit mehr Ernährungssicherheit, ökologischer Bedachtsamkeit und generell mit mehr self-reliance das Wort reden.

Auf der anderen Seite sind die autoritären Tendenzen in dieser staatlichen Präsenz nicht zu übersehen und nachdem die WHO schon von einer zweiten Welle der Epidemie im Herbst spricht, wären sie auch politisch gut abzusichern. Zwar ist die totale digitale Kontrolle angesichts der schon erwähnten geringen Informatisierung im Lande noch nicht spruchreif, doch gibt es nur zu gut bekannte autoritäre Verhaltensweisen bei Polizei und Behörden, die die mühsam erkämpften demokratischen Fortschritte gefährden.

Auch die Islamisten nützen die Tatsache, dass die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf ihre existentiellen Probleme gerichtet ist, um ihre Agenda klammheimlich durchzubringen. Dazu gehört beispielsweise die angestrebte rasche parlamentarische Absegnung von wirtschaftlich weitgehenden Verträgen mit der Türkei und Katar oder die Nominierung hoher islamistischer Funktionäre als Berater des Premierministers im Ministerrang. Allerdings stoßen sie auch hier auf den entschiedenen Widerstand der Medien, der Zivilgesellschaft und der anderen politischen Parteien. Wie man sieht, auch in Zeiten der Corona-Krise wachsen die islamistischen Bäume nicht in den Himmel. 

Dr. Wolfgang Achleitner ist Soziologe und ehemaliger Entwicklungsarbeiter in Tunesien.

E-Mail: wolfachleitner@gmail.com

¹⁰ Historisch stand Tripolitaniern lange Zeit unter tunesischem Einfluss.

¹¹ Noch am Tage seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten stattete Ghannouchi dem türkischen Präsidenten eine Art Antrittsbesuch ab.

¹² Per Ende April 21.000 Tests, 1.000 positiv getestete und 40 Todesopfer.

¹³ So z.B.: OTTD La Tunisie face au Covid19. Penser ensemble, agir de concert. <https://ottdemocratique.com/observatoire/>

DEAR WORLD, HOW IS THE

Was wir von Palästinenser*innen lernen

Als die COVID-19-Pandemie die Welt zum Stillstand brachte, kursierte in den sozialen Medien ein einfaches Bild mit weißen Buchstaben auf schwarzem Hintergrund mit den Worten: „Dear World, how is the lockdown, Gaza.“

Von **Maren Mantovani**

Das Bild provoziert einige fundamentale Fragen: Werden die israelische Apartheid und ihre autoritären Praktiken zu einem Modell für die globalen Antworten auf die Pandemie? Wird sich die Kluft, zwischen jenen, die Unterstützung bekommen und jenen, die hinter physischen oder virtuellen Mauern vergessen werden, vertiefen? Was kann aus der palästinensischen, alternativen Antwort gelernt werden, um eine gerechtere und nachhaltigere Welt nach COVID-19 zu schaffen?

Mauern, die nicht den Virus, sondern die Menschen töten

Die Erfahrungen, die die meisten Menschen im globalen Norden gerade machen, indem sie auf ihre Häuser beschränkt sind, haben wenig zu tun mit den Erfahrungen mit Ausgangssperren und Bewegungsfreiheiten der Palästinenser*innen. Die mittlerweile 13 Jahre andauernde militärische Besatzung des Gazastreifens und des Westjordanlands, die Besatzung der palästinensischen Bevölkerung, alltägliche Angriffe auf Bewegungsfreiheit und die Unterdrückung durch ein ausgeklügeltes System aus ober- und unterirdischen, hoch-technologisierten Mauern, steht nicht im Vergleich zu Erfahrungen mit Ausgangsbeschränkungen aufgrund der COVID-19 Pandemie.

Lediglich die Situation der Flüchtlinge an den Grenzen Europas, die unter dem Vorwand der Schließung der Grenzen aufgrund der COVID-19 Pandemie im Stich gelassen und erschossen (<https://summit.news/2020/03/02/migrant-shot-dead-by-greek-police-as-border-clashes-grow/>) werden, wenn sie versuchen, die Zäune zu überqueren, die die Grenzen militarisieren, erinnert zu Teilen an die Bilder hunderter Palästinenser*innen, die während der Proteste seit März 2018 durch Scharfschützenfeuer an der Sperranlage um Gaza getötet wurden.

Die Realität in Gaza oder in den palästinensischen Beduinengemeinschaften, in denen Israel selbst die grundlegendsten Gesundheitskliniken weiterhin zerstört und der Zugang zu Wasser systematisch eingeschränkt wird, um sie zu vertreiben, spiegelt die Realität der Menschen wider, die in den „Favelas“ Brasiliens (<https://www.rioonwatch.org/?p=58388>) ohne Zugang zu fließendem Wasser oder Seife gelassen werden. Die Verbundenheit der palästinensischen Zivilbevölkerung zu Millionen Menschen in Indien (<https://www.newsclick.in/COVID-19-lockdown-chaos-reign-telangana-AP-border-people-stranded-way-home>), welche von der hinduistisch-faschistischen Regierung durch die verhängten Anti-COVID19-Maßnahmen aus den Städten, in denen sie gearbeitet haben, vertrieben wurden und gezwungen waren, tagelang ohne Lebensmittel zu Fuß zu gehen, und blockiert wurden an militärischen Kontrollpunkten an zwischenstaatlichen Grenzen, ist groß.

Die ideologischen Mauern nationalistischer Vorherrschaften und Rassismen, die schon lange existieren, kommen durch Verbreitung des Virus deutlich zum Vorschein. Die Grüße aus Gaza, erinnern an die ideologische Struktur auf der die israelische Apartheidspolitik basiert. Eine Welt, in der darüber entschieden wird, welche Menschenleben es wert sind, gerettet zu werden und welche nicht, in der Menschen im Stich gelassen werden, erinnert an eine „Nekropolitik“ (<https://egs.edu/biography/achille-mbembe/>).

„Außerhalb“ der Mauer zu sein, bedeutet, nicht betroffen zu sein von Einschränkungen der COVID-19-Maßnahmen in Israel. Während israelische Arbeiter*innen zu Hause bleiben dürfen, oder sollen, werden palästinensische (<https://www.stophthewall.org/briefing-palestinian-workers-israeli-corporations-under>

können im Umgang mit der Pandemie

([covid-19](#)) nicht freigestellt von Arbeit, jedoch abseits von zu Hause untergebracht, um ohne jegliche Schutzmaßnahmen oder -ausrüstung die israelische Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Palästinensische Arbeiter*innen, die am Virus erkranken, werden wie Müll auf der anderen Seite der Mauer entsorgt. Der Zugang zu Informationen (<https://www.adalah.org/en/content/view/9916>) rund um die COVID-19 Pandemie wurde auch palästinensischen Staatsbürger*innen, die in Israel leben, erschwert. Aktuelle Informationen wurden kaum in Arabisch kommuniziert.

Grenzen werden geschlossen und Mauern aufgezogen, nicht nur in Palästina, viel mehr rund um den Globus, höher und militarisierter als zuvor. Während sie jene im Stich lassen, die diese Grenzen und Mauern ausschließen, wird auch der Virus nicht gestoppt.

Gesundheitsversorgung oder Kriegsführung?

Die Frage Gaza's danach, wie der Lockdown denn sei, ist auch eine Frage jener innerhalb der Mauern. Die immer strengeren Ausgangssperren und der vorherrschende Ausnahmezustand haben die Bürgerrechte und -freiheiten außer Kraft gesetzt und den Weg für eine Zeit „einer Explosion zahlreicher und vielfältiger Techniken zur Erreichung der Unterwerfung von Körpern und zur Kontrolle der Bevölkerung“ geebnet, wie Michel Foucault (<https://www.counterpunch.org/2015/05/20/biowar-and-security-2/>) es ausdrückte. Selbstisolation, Quarantäne und Kontaktverbote sind wichtige Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus, doch steckt mehr als die Sorge um die öffentliche Gesundheit dahinter.

Der Weg der aktuellen israelischen Politik, diese Maßnahmen umzusetzen, ist gezeichnet durch repressive Paradigmen und die Methoden seiner Militärindustrie, die schon lange an Palästinenser*innen getestet wurden. Israel war einer der ersten Staaten, der sein digitales Überwachungssystem, das von seiner Militärsicherheitsfirma Shin Beit entwickelt wurde und verwendet wird, weltweit promotet hat, um die COVID-19 Pandemie zu bekämpfen. Es konnte deshalb so schnell gehandelt werden, weil es bereits ein nahezu unbegrenztes Überwachungssystem (<https://www.nytimes.com/2020/03/16/world/middleeast/israel-coronavirus-cellphone-tracking.html>) in dieser Größenordnung gab, das in demokratischen Staaten bisher nicht akzeptabel war. Gemeinsam mit der NSO-Group (<https://en.globes.co.il/en/article-bennett-plans-using-nso-to-rate-individual-virus-exposure-1001323878>), einem israelischen Cyber-Tech-Unternehmen (<https://www.forbes.com/sites/thomasbrewster/2016/08/25/everything-we-know-about-nso-group-the-professional-spies->

[who-hacked-iphones-with-a-single-text/#47d80c7a3997](#)), das enge Beziehungen zur führenden militärischen Spionageagentur Unit 8200 des Landes unterhält und für das Hacken und Spionieren durch deren Malware Pegasus bekannt ist, hat das israelische Verteidigungsministerium an der Idee der Anti-COVID19-Spionageoperation gearbeitet. Durch das Senden der Malware an Telefone, werden vorwiegend Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen überwacht.

Nun wird diese Technologie beworben (https://www.vice.com/en_us/article/epg9jm/nso-covid-19-surveillance-tech-software-tracking-infected-privacy-experts-worried), um COVID-19 zu bekämpfen. In einigen Ländern laufen bereits Pilotstudien (<https://www.bbc.com/news/health-52134452>). Der Direktor des in Toronto basierten privaten Watchdog-Unternehmens Citizen Lab, John Scott Railton, zur NSO-Group (<https://www.bbc.com/news/health-52134452>): „Das letzte, was wir brauchen, um die Pandemie einzugrenzen, ist ein geheimnistuerisches Unternehmen, das es verweigert, seine Kunden zu nennen“.

Derzeit wird ein neues Konzept der „Freiwilligen Einwilligung“ für Tracking-Apps in Israel, an der palästinensischen Bevölkerung mit Aufenthaltsgenehmigung dort getestet. Ihnen wird nahegelegt, eine neue App (<https://www.middleeasteye.net/news/coordinator-israel-instructs-palestinians-download-app-tracks-their-phones>) downzuloaden, die Bürotermine zur Kontrolle oder Erneuerungen der Genehmigungen ersetzen soll. Die App überwacht Standorte und kann virtuell auf alle sich auf dem Telefon befindlichen Informationen zugreifen, auch auf die Kamera. Um die App zu installieren, werden die Benutzer*innen davor gebeten, „freiwillig“ zuzustimmen, dass sie die Informationen „für jeden Zweck, auch für Sicherheitszwecke“ zur Verfügung stellen.

Würden solche Operationen tatsächlich Leben retten, wäre dies ein moralisches Dilemma. Dieses existiert jedoch nicht. Privacy International (<https://privacyinternational.org/news-analysis/3461/extraordinary-powers-need-extraordinary-protections>) demonstriert, dass solche Systeme schon in anderen Situationen getestet wurden, wie beispielsweise bei den Ausbrüchen von MERS und Ebola, und sich nicht bewährt haben.

Jetzt, wo die Ausgangssperren langsam wieder aufgehoben werden, müssen wir sichergehen, dass es nicht Israels Überwachungsparadigma und militärische Sicherheitsunternehmen sind, die die Politik gestalten. Wir würden nicht nur Israels illegale Besatzung der palästinensischen Gebiete finanzieren, sondern Einschränkungen wichtiger Aspekte unseres eigenen, freien Lebens.

Solidarität

Gasas Frage: „How is the lockdown?“ beinhaltet noch eine dritte Nachricht an uns: Wie leisten wir Widerstand? Wie entwickeln wir Alternativen der Solidarität?

Die COVID-19 Pandemie hat uns nicht nur eine Bedrohung der öffentlichen Gesundheit gebracht, sondern uns provoziert und vorgeführt. Ökonomische, politische und soziale Ungerechtigkeiten sind sichtbarer denn je zuvor. Wenn wir aus der Krise gestärkt hervorgehen wollen, mit mehr Gleichberechtigung, Rechten, Solidarität und Fürsorge, können und dürfen wir uns nicht mehr auf die Mittel und Strukturen der Unterdrückung verlassen. Es wird Zeit, Solidaritätsstrukturen aufzubauen. Der Kampf der Palästinenser*innen für ein Leben in Würde, ist ein Beweis dafür, dass Menschen eine kollektive Kraft besitzen, um nach dieser Pandemie Schritte in die richtige Richtung zu setzen.

Palästinenser*innen sind Ausgangssperren und einen Ausnahmezustand gewöhnt. Sie verlassen sich nicht auf staatliche Machtinstitutionen, um sich zu schützen. In palästinensischen Dörfern, Camps und Städten wurden zivile Komitees (<https://www.stopthewall.org/2020/04/06/spreadsolidarity-popular-covid-19-prevention-efforts-get-underway>) gebildet, die Informationen, Hygieneartikel und Nahrung für die am Gefährdetsten bereitstellen.

Weltweit werden Alternativen organisiert. In Brasilien sind es Aktivist*innen, die ähnlich wie in Palästina, informieren und unterstützen, in Kerala, hat die linke Regierung eine alternative Strategie entwickelt, die zeigt, dass auch auf institutioneller Ebene in enger Zusammenarbeit mit Patient*innen und der Bevölkerung eine Alternative möglich ist (<https://www.newframe.com/kerala-is-a-model-state-in-the-covid-19-fight/>), die nicht auf Überwachung setzt.

Basisdemokratische Mobilisierungen, ein funktionierendes Gesundheitssystem und sozialpolitische Elemente wirken effektiver und nachhaltiger als Unterdrückungsmechanismen und sollten die Antwort auf die COVID-19 Pandemie sein.

Der Lockdown hat uns eine Möglichkeit geschaffen für ein radikales Umdenken von Politik. Die Auswirkungen der Pandemie veranschaulichen die Notwendigkeit für einen gemeinsamen Kampf. Internationalismus ist keine Anknüpfung an lokale und nationale Politik sondern viel mehr die Essenz der Möglichkeit, das System herauszufordern, das uns alle auf verschiedene Art und Weise im Stich lässt.

Von Palästinenser*innen können wir Kooperation und Solidarität lernen, als einen Weg aus Krisensituationen. Und diese brauchen wir. Wir brauchen eine funktionierende Gesundheitsversorgung und Sozialpolitik für alle und nicht Überwachung und eine militärische Unterdrückungsstruktur, um jene zu unterdrücken, die eben dies fordern.

„Dear world, How is the lockdown, Gaza“ ist eine Erinnerung daran, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle dringend, notwendig und unteilbar ist. 

Maren Mantovani ist Koordinatorin der palästinensischen NGOs „Stop the Wall Campaign“ und „Palestinian Land Defense Coalition“ für internationale Beziehungen. Sie sitzt auch im internationalen Sekretariat des „Palestinian BDS National Committee (BNC)“ . Sie verfasste diesen Beitrag für „The Palestine Chronicle“. (Übersetzung Red. INTERNATIONAL). (Three Lessons from Palestine to Overcome the Pandemic: <https://www.palestinechronicle.com/three-lessons-from-palestine-to-overcome-the-pandemic/>).

Bestellen Sie jetzt ein aktuelles Probeheft oder ein Jahresabonnement



Ich bestelle

- ... ein aktuelles Probeheft
- ... Jahresabonnement(s) Inland: 25 €
- ... Jahresabonnement(s) Ausland: 50 €

(Abos verlängern sich bei nicht rechtzeitiger Kündigung automatisch)

Jede neue Abonentin bzw. jeder neue Abonnent erhält ein Buch als Geschenk!

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Datum / Unterschrift:

Fax: +43 (0)1 5229111-9 • E-Mail: abo@international.or.at

Bitte
ausreichend
frankieren!

**INTERNATIONAL
Quellenstraße 2C
1100 Wien**



Revolution vertagt

Corona hat den Massenprotesten im Nahen Osten und Nordafrika ein jähes Ende bereitet. Mittelfristig gießt die Krise jedoch neues Öl ins Feuer.

Von **Jannis Grimm** und **Teresa Fehrenbach**

Die ersten Toten verzeichnete der Mittlere Osten am 19. Februar: Ganze drei Wochen bevor die WHO den globalen Ausbruch von Covid-19 zur Pandemie erklärte, starben zwei Iraner in der heiligen Stadt Qom an den Folgen der Virus-Infektion. Seitdem hat sich die Krankheit in nahezu der gesamten Region verbreitet: vom Iran nach Libanon, Syrien und in den Irak; von dort aus weiter nach Jordanien und Nordafrika. Neue Herde entstanden in Ägypten und am Golf. Mitte April verzeichneten der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika offiziell mehr als 170 000 bestätigt Infizierte und über 6 800 Tote. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

In den urbanen Ballungszentren traf das Virus auf beengte Wohnverhältnisse, dysfunktionale Verwaltungsstrukturen und marode Gesundheitssysteme. Die teils zögerlichen Eindämmungsversuche taten ihr übriges, um die Verbreitung zu beschleunigen. Dort, wo der Tourismus zu den Haupteinnahmequellen zählt, wurden Reisebeschränkungen bisweilen lange aufgeschoben, um den Wirtschaftseinbruch zu verzögern. Gleichzeitig wirkten vor allem Urlauber – etwa durch Reisen ans Rote Meer, in die Golf-Metropolen oder zu den heiligen Stätten in Saudi-Arabien – als Katalysatoren für die Verbreitung des Corona-Virus. Der Tourismus ist zum Erliegen gekommen, die Kapitalmärkte eingebrochen und der Ölpreis im Keller. Das wirtschaftliche Leben steht still. Die totgesparten und maroden

öffentlichen Gesundheitssysteme arbeiten dagegen trotz fehlender Ressourcen und Kompetenzen auf Hochtouren, um Corona-Patienten zu identifizieren, zu isolieren und zu behandeln.

„In einigen Staaten bietet die Maxime Infektionsschutz einen idealen Vorwand, die Revolutionen zurückzudrehen.“

Anders als in anderen Teilen der Welt dürfte die Corona-Krise jedoch einigen Regierungskreisen gleichzeitig nicht ganz ungelogen kommen. Denn neben Konzerten und Fußballspielen fielen auch öffentliche Demonstrationen, großflächige Sit-Ins und andere bürgerliche Massenversammlungen den verhängten Maßnahmen zur Vorbeugung weiterer Infektionen zum Opfer. Durch Reisesperren, Veranstaltungsverbote und weitere Restriktionen des öffentlichen Raums wurden vor allem die Zivilgesellschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas hart getroffen und in ihrem neu gewonnenen Aktionismus ausgebremst.

Herrschte Anfang des Jahres angesichts einer Kaskade von Massenprotesten in der Region noch die Aussicht auf einen zweiten Arabischen Frühling, so liegt der demokratische Transformationsprozess nun erstmal auf Eis. Schlimmer noch: In ei-

nigen Staaten bietet die Maxime Infektionsschutz einen idealen Vorwand, die Revolutionen zurückzudrehen. Zwar ist die Repression von Dissens wohl nicht immer die vorderste Intention der Maßnahmen, die im Rahmen von Corona erlassen werden. Selbst in repressiven Autokratien wie Ägypten deuten investigative Recherchen auf ein echtes Problembewusstsein bei den Behörden hin. Doch stellt das unweigerliche Abebben von Protesten im Zuge von Ausgangsbeschränkungen für autoritäre Machthaber (übrigens nicht nur in Nahost) zweifelsohne einen angenehmen Nebeneffekt dar.

In einigen Staaten bietet die Maxime Infektionsschutz einen idealen Vorwand, die Revolutionen zurückzudrehen.

So etwa im Libanon, wo sich der Widerstand der Straße im Oktober 2019 vor allem an der desaströsen Wirtschafts- und Fiskalpolitik der nepotistischen Eliten entzündete. Das Land stand kurz vor dem Bankrott, gleichzeitig blockieren oligarchische Strukturen notwendige Reformen. Innerhalb kürzester Zeit brachten Rücktrittsforderungen gegen die Regierung hunderttausende Menschen auf die Straße. Als schließlich, bedingt durch die engen konfessionellen Verbindungen und den regen Flugverkehr zwischen Teheran und Beirut, dann auch noch Corona im Land ausbrach, befand sich die politische Klasse wie nie zuvor seit dem Ende des Bürgerkriegs in der Defensive. Umso entschlossener reagierte sie auf Corona – wohl auch um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

„Umso bezeichnender ist es, das die Reaktionen der Demonstranten vielerorts von hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein geprägt sind – teils stärker als die Regierungspolitik.“

Der Libanon wurde zum Vorreiter im Nahen Osten: Wochen vor ähnlichen Maßnahmen in Europa schloss das Bildungsministerium Schulen und Universitäten, Bars und Einkaufszentren, Kinos und Fitnessstudios zur Eindämmung der Pandemie. Seit Mitte März besteht eine strikte Ausgangssperre, das Militär patrouilliert in den Straßen. Gedeckt durch den Infektionsschutz gingen die Behörden auch gegen die Protestbewegung vor. Am 27. März löste die Polizei das letzte Protestcamp in Beirut auf, in den Tagen danach gab es bei kollektiven Aktionen erstmals wieder Verhaftungen. Seitdem besteht bei den Protestierenden die berechtigte Sorge, dass die andauernde Krise der Regierung den nötigen Spielraum verschaffen könnte, um die Organisations- und Versammlungsfreiheit auch längerfristig einzuschränken.

Ähnliche Sorgen bestehen auch im Irak, der zweiten Republik, die im Oktober 2019 von den Nachwehen des Arabischen Frühlings erfasst wurde. Nach der Türkei und dem Iran ist der Irak das am stärksten betroffene Land der Region. Die noch amtierende Übergangsregierung, die aufgrund mehrerer gescheiterter Regierungsbildungsprozesse und interner Konflikte über wenig gesellschaftlichen Rückhalt verfügt, stellt die Krise vor eine Zerreißprobe. Als Corona ausbrach, hatte das Parlament noch nicht einmal einen Haushalt für 2020 verabschiedet. Gerade war zum zweiten Mal erfolglos ein neuer Premierminister designiert worden.

Vor diesem Hintergrund griffen die Behörden lediglich zu einigen erprobten Standardmitteln zur Eindämmung von Corona und verhängten eine Ausgangssperre für Bagdad und andere Provinzen sowie eine Reisesperre im Inland. Diese trafen die

Protestbewegung empfindlich. Weitergehende Schritte zur Abfederung der sozio-ökonomischen Auswirkungen der Krise blieben hingegen aus. Es ist somit kaum überraschend, dass auch im Irak die Angst wächst, dass die Krise dazu missbraucht werden könnte, um politische Rechnungen zu begleichen. Unter dem Deckmantel der Ausgangssperre gingen in den letzten Tagen Milizionäre teils gezielt gegen Aktivisten vor. Die berühmte Protest-Aktivistin Umm Abbas verlor bei einem solchen Überfall am 5. April ihr Leben.

Ein weiteres offensichtliches Beispiel wie Corona einen Anlass zur Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit bietet, liefert auch Algerien, wo seit dem 17. März ein Verbot von Versammlungen und Märschen herrscht. Während die iranischen und türkischen Behörden im Wissen um die desolaten Zustände in ihren überbelegten Gefängnissen zehntausende Gefangene entließen, um einer Verbreitung von Corona vorzubeugen, verzeichnet Algerien seit Anbeginn der Ausgangssperren einen Anstieg an Einberufung und Verhören von kritischen Journalisten und Mitgliedern der Hirak-Bewegung; bewegungsnahe Journalisten, wie der Reporter Khaled Drareni riskieren Polizeigewahrsam oder sogar Haftstrafen. Darüber hinaus verschärfte die algerischen Behörden – wie fast alle Länder der Region – ihre Kontrolle über die heimische Presse, um kritische Berichterstattung über die offizielle Corona-Politik zu verhindern. Besonders augenscheinlich ist diese Medienzensur in Ägypten, wo einer renommierten Guardian-Reporterin wegen „falscher Berichterstattung“ über Corona-Fallzahlen ihre Akkreditierung verlor.

Umso bezeichnender ist es, das die Reaktionen der Demonstranten vielerorts von hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein geprägt sind – teils stärker als die Regierungspolitik.

Angesichts des doppelten Spiels vieler Regierungen, die Covid-19 zwar einerseits ernsthaft bekämpfen, aber andererseits auch als Handlungsvorwand instrumentalisieren, stellt die Corona-Krise die Bewegungen des zweiten Arabischen Frühlings vor ein kaum auflösbares Dilemma: Die Demonstrationen fortsetzen, und damit zur Verbreitung eines Virus beitragen, das die maroden Gesundheitssysteme ohnehin auf eine Belastungsprobe stellt, oder riskieren, dass die Proteste im Zuge der Pandemie ihr Momentum verlieren und die alten Regierungen das Heft des Handelns zurückerlangen.

Umso bezeichnender ist es, das die Reaktionen der Demonstranten vielerorts von hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein geprägt sind – teils stärker als die Regierungspolitik. Im Großteil der Region brauchte es gar keine staatlichen Restriktionen: die Protestierenden zogen sich aus eigenem Antrieb von der Straße zurück. Wissend, dass eine Eindämmung von Covid-19 nur durch gemeinsame Anstrengung erfolgreich sein kann, nutzen viele Bewegungen ihr Sozialkapital zudem zur Aufklärung über die Krankheit und zur Unterstützung von Betroffenen und Risikogruppen.

Beispielsweise im Irak: Dort hatte die seit dem Soleimani-Attentat Anfang des Jahres ohnehin empfindlich geschwächte Bewegung das Risiko eines Pandemieausbruchs zu Beginn der Corona-Krise zunächst geringer bewertet, als die Regierungskrise und den wachsenden iranischen Einfluss im Land. Doch die Eskalation der Opferzahlen im Nachbarland bewirkte ein Umdenken. So verkündeten die Aktivisten Mitte März ein Aussetzen ihrer Kampagne bis Covid-19 eingedämmt ist und riefen in einer Awareness-Kampagne dazu auf, soziale Distanzierung, Selbstisolation bei Krankheitssymptomen und die Desinfektion öffentlicher Orte ernst zu nehmen.

Darüber hinaus nutzten sie ihr Netzwerk für Solidaritätsaufrufe mit Bedürftigen und zur Sammlung von Spenden für die Familien von Beschäftigten im informellen Sektor, für die die Ausgangssperre bereits jetzt existenzbedrohend ist. Im Libanon und in Algerien zogen Demonstrierende ähnliche Schlüsse und konzentrierten ihren Aktivismus auf das Internet und die sozialen Medien, wo sie ihre Bewegung über alternative Protestformen – darunter Bilder- und Videokampagnen, Hashtags und Unterschriftenaktionen – zumindest virtuell aufrechterhalten.

Kurzfristig mag die Krise den zuvor öffentlich angeprangerten Eliten die Chance bieten, von Staatsversagen abzulenken und sich als Krisenmanager neu zu erfinden. Mittel- bis langfristig spielt sie aber den Protestierenden in die Hände.

Diese Ablösung von öffentlichen Protesten durch digitale Kampagnen oder Unterstützungsaktionen für Betroffene wie die Verteilung von Desinfektionsmitteln, die Betreuung von Kranken oder die Einrichtung einer Seelsorgehotline für Menschen in Isolation, reproduziert ein Muster, das auch in anderen Weltregionen zu beobachten ist und weckt Hoffnungen auf ein Überwinden der Protestbewegungen bis in eine Zeit nach Corona. Denn kurzfristig mag die Krise den zuvor öffentlich angeprangerten Eliten die Chance bieten, von Staatsversagen abzulenken und sich als Krisenmanager neu zu erfinden. Mittel- bis langfristig spielt sie aber den Protestierenden in die Hände und untermauert ihre Forderungen nach kompetenten, verantwortlichen und inklusiven Governance-Strukturen.

Wie kaum eine Krise, zuvor macht Corona derzeit die arabischen Zweiklassengesellschaften sichtbar: Während die Profiteure der Systeme Zugang zu exzellenter privater Krankenversorgung genießen und es sich dank finanzieller Polster leisten können, Quarantäneperioden auszusitzen, sieht sich der Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung mit einem totgesparten öffentlichen Gesundheitssystem und dem wirtschaftlichen Ruin konfrontiert. Tunesien, wo der Arabische Frühling Ende 2010 seinen Anfang nahm, verzeichnete in den letzten Tagen bereits erste Proteste verarmter Arbeiter gegen die Ausgangssperren. Der Slogan der Proteste: „Bevor wir krank werden, sterben wir an Hunger“.

Eben diese Ungleichheiten waren es, die in den Monaten vor Corona, einen Teil der Region auf die Straße brachte. Die Proteste trieb vor allem der Vertrauensverlust einer jungen und größtenteils arbeits- und perspektivlosen Generation in die herrschende politische Klasse. Diese Vertrauenskrise dürfte die Corona-Pandemie eher noch verschärfen. Bereits jetzt hat das Virus massive soziale Verwerfungen zur Folge, denen die Regierungen mit ihren teils über Jahrzehnte gewachsenen Klientelstrukturen und begrenzten finanziellen Spielräumen kaum Herr werden können.

Denn am Horizont zeichnet sich bereits die nächste, der Eindämmung von Corona nachgelagerte Krise ab: Zwar werden Lieferketten nach der Wiederöffnung der Grenzen und Märkte wiederhergestellt werden und ein Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung wird seine Arbeit wiederaufnehmen. Doch einer echten wirtschaftlichen Erholung in den Tagen nach Corona steht ein immens angewachsener privater und öffentlicher Schuldenberg im Weg. Bereits vor der Pandemie übertraf die Gesamtverschuldung von Ländern wie dem Libanon oder dem Sudan das jeweilige Bruttoinlandsprodukt. Finanzkrisen hatten viele Länder an den Rand des Bankrotts gebracht. Andere Regime hängen bereits seit Jahren am Tropf der Internationalen Finanzinstitutionen oder halten sich nur durch gewaltige Finanzspritzen aus den ölfreudigen Golfstaaten über Wasser.

Auf diese besorgniserregende Situation wirkt die Corona-Krise wie ein zusätzlicher wirtschaftlicher Schock: Die Devisenquelle Tourismus ist zum Erliegen gekommen; der Preis für die zentralen Exportprodukte Öl und Gas ist eingebrochen; Währungsverfall und Inflation der Lebenshaltungskosten wurden durch die Corona-Krise ebenfalls weiter angeheizt. Die Schuldenkrise hat wiederum verheerende Konsequenzen für die bislang stark subventionierten öffentlichen Versorgungssysteme.

„Kurzfristig mag die Krise den zuvor öffentlich angeprangerten Eliten die Chance bieten, von Staatsversagen abzulenken und sich als Krisenmanager neu zu erfinden. Mittel- bis langfristig spielt sie aber den Protestierenden in die Hände.“

Auch mit der hoffentlich baldigen Überwindung von Corona werden der Nahe Osten und Nordafrika somit kaum zur Ruhe kommen. Vielmehr stehen die Zeichen auf Sturm. Aus der Corona-Krise könnte sich in kürzester Zeit eine Staats- und Systemkrise entwickeln. In den Tagen nach Corona dürfte angesichts der gegenwärtigen Einschränkungen wohl zunächst der politische Kampf für Freiheits- und Gleichheitsrechte wiederaufgenommen. Bald wird aber auch die soziale Frage zurück auf die Tagesordnung rücken. Durch Corona wird die Revolution somit letztlich wohl nur vertagt, aber nicht verhindert.

Dr. Jannis Grimm ist Regional-koordinator für Gewerkschaftsarbeit im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika und Referent für Libyen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Teresa Fehrenbach ist im Frühjahr 2020 Praktikantin im Referat Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Dieser Artikel erschien am 27. 4. 2020 auf <https://www.ipg-journal.de/>

Coronavirus Pandemie: Auswirkungen im Nahen Osten

Einer der bis jetzt am stärksten betroffenen Staaten in der Coronavirus Pandemie ist der Iran, welcher die höchste Anzahl Coronavirus Infektionen und Tote im Nahen Osten aufweist.



Offiziere.ch

Irans stellvertretender Gesundheitsminister, Iraj Harirchi, wischt sich während einer Pressekonferenz den Schweiß von der Stirn. Später bestätigte er, dass er sich mit dem Coronavirus infiziert hat.

Als Patient 0 kommt wahrscheinlich ein Händler in Frage, der zwischen Qom, dem zweitwichtigsten schiitischen Wallfahrtsort im Iran, und Wuhan in China reiste. Die ersten beiden Todesfälle im Iran ereigneten sich dementsprechend in Qom am 19. Februar 2020. Der Schrein der Fatima Masuma fungiert wahrscheinlich als Multiplikator, welcher es erlaubte, das Virus von Person zu Person weiterzugeben und anschliessend geografisch zu verteilen. Zusätzlich verstärkten die Parlamentswahlen vom 20. Februar 2020 die Verbreitung des Virus innerhalb Irans. Auch stellte sich iranische Regierung bis Ende Februar gegen — nachweislich sehr effektive — Quarantänemassnahmen, da diese gemäss iranischem Gesundheitsministerium an eine Epoche vor dem Ersten Weltkrieg erinnern würde. Das Freitagsgebet wurde beispielsweise erst neun Tage nach dem ersten Todesfall ausgesetzt. Weiterführende Massnahmen wurden nur zögerlich durch die Regierung ergriffen und durch die Bevölkerung umgesetzt. Damit ist der Iran in guter Gesellschaft: Viele europäische Staaten zögerten ebenfalls, bis sie erste Massnahmen ergriffen. So wurde beispielsweise in Frankreich erst 15 Tage nach dem ersten Todesfall ein Verbot ausgesprochen und erst weitere rund 15 Tage später wurden res-

triktivere Massnahmen (Lock-Down) verordnet. Im Iran wurden erst nach dem Tod von Seyyed Mohammad Mirmohammadi, einem leitenden Berater des Obersten Führers Ali Khamenei, anfangs März die Schulen geschlossen.

Bereits vor der Pandemie befand sich die iranische Wirtschaft aufgrund der Sanktionen in einer Rezession, welche seit der Aufkündigung des Joint Comprehensive Plan of Action zu einer Einbusse des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von rund 11% führte. Die Pandemie akzentuiert diese wirtschaftlichen Probleme zusätzlich und wird wahrscheinlich zu einer Einbusse des BIPs von 25-30% führen. Jedoch nur ein Teil wird direkt durch die Pandemie verursacht; ein anderer wichtiger Faktor stellt der tiefe Ölpreis dar. Zur Sicherstellung der finanziellen Liquidität erhöhte die iranische Zentralbank die Geldmenge, was jedoch mittelfristig zu einer Inflation führen könnte. Die US-Sanktionen schwächen zusätzlich auch die medizinische Versorgung, weil es für staatliche und nichtstaatliche Institutionen schwierig ist, Medikamente aus dem Ausland zu beschaffen und bereitzustellen. Das Misstrauen gegenüber der Regierung öffnet Verbreitern von Falschmeldungen Tür und Tor. Behauptungen, dass das Trinken von Industrialkohol den Virus

abtöten würde, führte wahrscheinlich zu über 2'850 Metanolvergiftungen, und damit verbunden zu 480 Todesopfern, was die angeschlagene medizinische Versorgung noch zusätzlich belastete.

Während der Iran wahrscheinlich Ende März den Peak der täglichen Neuinfektionen erreicht hatte, nimmt die Anzahl der Infizierten in Saudi-Arabien exponentiell zu. Doch Saudi-Arabien spürt die Auswirkungen der Coronavirus Pandemie bereits seit Mitte Februar aufgrund der drastisch verringerten globalen Erdölnachfrage. Zusätzlich liess der Preiskrieg mit Russland anfangs März die Ölpreise auf einen seit 8 Jahren nicht mehr gesehenen Tiefststand fallen. Der Ölpreis befindet sich bereits seit 2016 auf einem relativ tiefen Niveau und die saudische Strategie trotzdem die Fördermengen — zuletzt rund 12 Millionen Barrel am Tag — aufrecht zu erhalten, war wenig hilfreich. Vor der Einigung der OPEC-Staaten, ab 1. Mai die Fördermenge um 10 Millionen Barrel zu drosseln, gab es weltweit ein Überangebot von rund 30 Millionen Barrel. Mittelfristig wird also nach wie vor mehr Erdöl gefördert als nachgefragt, was für alle ölexportierenden Staaten massive wirtschaftliche Konsequenzen haben wird. Die USA mit ihrer relativ teuren Schieferöl-Produktion und den begrenzten Lagerkapazitäten wird besonders stark betroffen sein. Bei solch tiefen Ölpreisen könnten zwischen 30-40% der US-Schieferöl-Produzenten bankrott gehen.

Neben der Erdölförderung wird auch der in manchen Nahost-Staaten zweitwichtigste Wirtschaftszweig stark in Mitleidenschaft gezogen: die Luft- und Schifffahrtsindustrie. Da die internationalen Flughäfen im Nahen Osten wichtige Verbindungsquoten bei interkontinentalen Flügen darstellen, sind sie nicht nur wichtige wirtschaftliche Faktoren, sondern auch Virenschleudern. Zur Eindämmung der Pandemie musste deshalb der Personenverkehr auf ein Minimum reduziert werden, was wiederum zu Einnahmeausfällen führt. Üblicherweise werden Sozialleistungen wie beispielsweise die medizinische Versorgung vom Staat und dessen Einnahmen finanziert, welche bei solch gravierend Einnahmeausfällen unter Druck geraten. Im Falle Saudi-Arabiens schlägt ausserdem eine kostspielige Militärkampagne in Jemen (bis zu 7 Milliarden US-Dollar monatlich) auf das staatliche Budget Saudi-Arabiens, weshalb dieses militärische Engagement womöglich neu beurteilt werden muss.

Die Abhängigkeit von den staatlichen Einnahmen und die eher schlecht ausgebaute Gesundheitsversorgung stellt insbesondere für die rund 12 Millionen Flüchtlingen im Nahen Osten ein Problem dar. Sie werden konfrontiert mit teilweise katastrophalen Bedingungen in den Flüchtlingszentren und der Gefahr gegenüber der regulären Bevölkerung diskriminiert zu werden. Da hilft es wenig, wenn gemäss der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation “[d]er Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes [...] eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens [bildet], ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung”. Im Gegenteil können restriktive Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie politisch missbraucht werden, und autoritäre Staatsführer ihre Machtausübung noch weiter ausbauen. Das kann nicht nur auf Kosten der Flüchtlinge geschehen, sondern beispielsweise auch Minderheiten und politische Gegner betreffen. So behauptete beispielsweise Mohamed Mokhtar Gomaa, Vorsteher des ägyptischen Ministeriums für religiöse Stiftungen am 11. März 2020, dass Anhänger der Muslimbruderschaft das Coronavirus in der Armee, der Polizei, der Justiz, unter bekannten Medienvertretern und der Bevölkerung verbreiten wollten. Das ist nicht das erste Mal, dass die Muslimbruderschaft als Sündenbock herhalten muss.

Gastarbeiter stellen eine andere benachteiligte Gruppe dar. Von einem Tag auf den anderen sprang im März die Zahl der bestätigten

Coronavirus Infektionen in Katar von 3 auf 244 Fälle. Bei praktisch allen handelte es sich um Gastarbeiter, welche insbesondere aus Indien, Nepal oder Bangladesch stammen und in überfüllten Unterkünften in der Industriezone von Doha leben. Katar riegelte danach rund 30 Strassenzüge in dem Industriegebiet ab und isolierte so tausende von Gastarbeiter. Auch in Saudi-Arabien sind Gastarbeiter nahezu ohne Rechte, und es erstaunt deshalb nicht, dass ein Grossteil der Infektionen auf Kosten von Migrantinnen in Slums und Arbeiterunterkünften in Mekka gehen. Als Massnahme beschleunigte Saudi-Arabien die Deportation von tausenden von äthiopischen Gastarbeitern — zum Teil auch solche mit Symptomen. Diese Beispiele zeigen, dass die Coronavirus Pandemie im Nahen Osten möglicherweise langfristig die bereits bestehenden sozialen Unterschiede weiter vergrössern und zu mehr Unruhen sowie einer Zunahme der politischen Stabilität führen wird.

Covid-19 is an opportunity the Saudis have been looking for for a long time to extract themselves from Yemen. Riyadh is offering the Houthis everything they can right now, both in public and in backroom talks. — Farea al-Muslimi, Chatham House zitiert in Bethan McKernan, “Fighting Escalates in Yemen despite Coronavirus ‘Ceasefire’”, The Guardian, 14.04.2020.

Einige der Konflikte im Nahen Osten werden durch die Pandemie eher in den Hintergrund gerückt, wie beispielsweise die Querelen zwischen den USA und dem Iran oder die saudische Wirtschaftsblockade gegen Katar. Ende Februar wurde zwar dem katarischen Gesundheitsminister die Einreise nach Saudi-Arabien zu einem Treffen des Gulf Cooperation Council (GCC) über die Massnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus Pandemie untersagt, jedoch gut einen Monat später wurde Katars Teilnahme am virtuellen Treffen über die ökonomischen Konsequenzen der Pandemie ermöglicht. Ausserdem kündigte Saudi-Arabien anfangs April eine zweiwöchige einseitige Waffenruhe in Jemen an, um damit die Eindämmung der Pandemie in Jemen zu ermöglichen. Eine Ausbreitung des Coronavirus in Jemen hätte in Verbindung mit der herrschenden Hungersnot und der Choleraepidemie der letzten Jahre katastrophale Auswirkungen. Ob dies langfristig zu einem Ende des bewaffneten Konfliktes in Jemen führen könnte, muss sich jedoch erst noch zeigen. Momentan sieht es jedenfalls nicht danach aus, dass sich die Konfliktparteien an diese Waffenruhe halten würden.

Die Konsequenzen der Pandemie auf bürgerkriegsgeschüttelte Staaten ist schwierig abzuschätzen. Für Jemen sowie Libyen fehlen verlässliche Zahlen, und die Behauptung der syrischen Regierung, dass es in Syrien nahezu keine Infizierte gäbe, ist nicht sehr glaubwürdig bzw. kaum überprüfbar. Nicht nur ist es schwierig an akkurate Zahlen zu gelangen, sondern die syrische Regierung hat auch ein politisches Interesse die veröffentlichte Anzahl der Infektionen tief zu halten. Teile der Bevölkerung in Idlib ist beispielsweise auf sich selber gestellt, denn von den oppositionellen Kräften kontrollierte Gebiete verfügen über keine staatliche Gesundheitsversorgung, und externe Hilfe ist nahezu inexistent. Die Anhänger terroristischer Organisationen und die Milizen sind ebenfalls stark von der Coronavirus Pandemie betroffen, weil sie in direktem Kontakt mit der Bevölkerung stehen und dabei kaum über eine bessere Gesundheitsversorgung verfügen. Reguläre staatliche Truppen — auch russische und iranische Kräfte innerhalb Syrien — können sich hingegen eher von der Bevölkerung isolieren und verfügen über eine bessere medizinische Versorgung.

Dieser Artikel erschien am 19. 4. 2020 auf <https://www.offiziere.ch/?p=37586>